

DER TAGESSPIEGEL

Habeck in der Krise

Der Liebling strauchelt

VON STEPHAN-ANDREAS CASDORFF

Die Mühen der Ebene – so heißt es immer dann, wenn Regierende oder Opponierende auf den Boden der Tatsachen treffen. In diesem Fall treffen es beide Beschreibungen ganz gut: Robert Habeck mit seinem Krisenmonster-Ministerium ist sowohl bei den Mühen der Ebene als auch auf dem harten Boden der Tatsachen angelangt. Und plötzlich sieht es so aus, als verriere sich der, von dem die Republik Wegweisung erhofft, ja ersehnt hat.

Habeck, der Verantwortliche für Wirtschaft und Klimaschutz in einem, klingt atemlos, wenn er jetzt im Bundestag, als es um seinen Etat geht, oder im Fernsehen Millionen von seinem Kurs überzeugen soll. Wer will es ihm verdenken? Beides zusammenzubringen, die Wirtschaft mit dem Klimaschutz, und den auch noch nachhaltig und zukunftsorientiert in einer Industrienation – das wäre schon zu anderen Zeiten, unter normalen Umständen, ein Herausforderung erster Güte. Eine nie gekannte. Jetzt aber wird es, kaum zu glauben, noch schwieriger.

Der ewig souveräne Minister ist in den Mühen der Ebene angekommen

Wladimir Putin, Ras Putin, Wladimir der Schreckliche – der strebt nach Macht weit über Kreml und Russland hinaus. Deshalb sein Krieg gegen die Ukraine und der Wirtschaftskrieg gegen den Westen. Und in dem steht ihm nun nicht zuletzt Robert Habeck gegenüber. Der gibt der stärksten Wirtschaftsnation in Europa ein Gesicht. War die Verantwortung vorher schon groß – sie ist weiter gestiegen. Putin schaut auf Deutschland, auf Habeck, alle anderen auch. Was heißt: bloß keine falsche Bewegung!

Ganz so wird sich Deutschlands politischer Liebling das Amt dann wohl doch nicht vorgestellt haben. International und national ohne Atempause. Da wartet, um mal so zu sagen, noch einiges in der Pipeline. Gaspreise, Stromerzeugung, kleine und mittlere Unternehmen, die die Insolvenz (be-)fürchten – hier und jetzt wäre wichtig, dass Habeck Souveränität ausstrahlt. Tut er aber nicht.

Das fällt umso mehr auf, als es sich die Monate zuvor komplett anders darstellte. Da war er der Mann mit dem unerklärlichen Etwas, das man Charisma nennt. Der Mann mit der goldenen Zunge, der einfach alles erklären kann, in nie gehörten Worten, jedenfalls nicht in der Politik. Und ausgerechnet der muss sich jetzt auf den stützen, dem man das alles nicht nachsagen kann: auf den Kanzler. So wie Olaf Scholz die Union und ihren forschen Chef Friedrich Merz angreift, genau so greift Habeck jetzt auch an, mit fast denselben Worten. Dadurch wird er gestützt, wie von selbst. Tatsache ist: Scholz' erster Vizekanzler wird gerade politisch vermessen. Erst recht, wo Habeck doch selbst Kanzler werden wollte. Nach den Umfragen hätte er mindestens zwischendurch auch eine gute Chance gehabt; wenn es denn eine Persönlichkeitswahl gäbe. Hätte, hätte, Fahrradkette, hat ein früherer Kanzleranwärter mal gesagt. Der wurde es dann auch nicht.

Der große Erklärer muss sich auf den stützen, der nicht erklärt: Scholz

Stahlbad ist noch so ein Begriff, der einem beim Anblick von Habeck einfällt. Äußert er sich einmal wie von Kurzem in der Talkshow unglücklich zum Thema Insolvenzen, wo er – wahrscheinlich – Betriebsaufgaben meint, und sofort geht's los. Hat er keine Ahnung? Eine erschreckende Vorstellung in dieser Lage: schöne Worte, nichts dahinter?

So ist es nicht, aber es sieht so aus. Schlecht halt. Ihm hilft nicht, dass er sich – nach 17 Stunden Tagwerk – durchhaspelt, als er merkt, dass er gerade dabei ist, der FDP in ihre Zuständigkeit hineinzuregieren. Oder diese Sache mit den Atomkraftwerken, die bloß Reserve sein sollen.

Das ist der grünen Parteiseele geschuldet und dem Wahlkampf in Niedersachsen. Aber nicht nur. Es hängt auch damit zusammen, dass ihn seine Gegner beim Klimathema, wenn er nicht aufpasst, vor die Pumpe laufen lassen.

Das erklär mal jemandem. Robert Habeck kann es gerade nicht, so angestrengt, wie er ist. Aber da muss er durch, durch die Mühen der Ebene. Es gibt keinen anderen Weg. Sonst ist sein Mythos bald verblasst.

— Seite 4

STUTTMANN



Jeder gute Garten will gedüngt sein

Die wissenschaftliche Kooperation mit China darf trotz aller Probleme nicht erlahmen

VON NADINE GODEHARDT UND BJÖRN ALPERMANN

Selten waren die deutsch-chinesischen Beziehungen in ihrer 50-jährigen Geschichte so schwierig wie heute. Obwohl die VR China auch 2021 Deutschlands wichtigster Handelspartner war, könnten die Positionen beider Seiten in geopolitischen Fragen kaum weiter auseinanderliegen.

Die gegensätzliche Bewertung des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, Chinas alternativer Entwicklungsweg sowie die zunehmende Distanzierung von westlich-liberalen Ideen der konstitutionellen Demokratie sind nur einige prominente Beispiele. Chinas Weg unterstreicht eindrucksvoll, dass Modernisierung nicht mit Verwestlichung einhergehen muss.

In enger Verbindung dazu steht das Gefühl der Entfremdung, welches sich in Deutschland und Europa gegenüber China ausbreitet. Chinas wirtschaftlichem Aufstieg, dem keine politische Annäherung an „unsere“ (liberal-demokratischen) Weg folgt, stellt für viele, die sich über Jahrzehnte hinweg im Sinne der Parole „Wandel durch Annäherung“ mit China auseinandergesetzt haben, vielleicht die größte Enttäuschung dar.

Die Bundesregierung betonte bereits in ihrem Koalitionsvertrag, dass die deutsche Politik die „Beziehungen mit China in den Dimensionen Partnerschaft, Wettbewerb und Systemrivalität“ gestalten muss. Das genaue Verständnis von Systemrivalität ist dabei noch unbestimmt. Jedes Ressort ist aufgefordert, einen Beitrag zu einer „umfassenden China-Strategie in Deutschland im Rahmen der gemeinsamen EU-China Politik“ zu leisten.

Dies betrifft in zentraler Weise auch die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit China, die in den letzten Monaten oftmals harsche Kritik aus Politik und Populärwissenschaft aushalten musste. Statt die Volksrepublik offener und demokratischer zu machen, habe sich die deutsche Wissenschaft in

Abhängigkeiten begeben, aus denen man sie nun schnellstens retten müsse. Sie habe ihre Werte aufs Spiel gesetzt und teils naiv, teils aus Geltungssucht geblendet oder von finanziellen Motiven geleitet, mehr dazu beigetragen, einen technologischen Rivalen aufzubauen, als den eigenen wissenschaftlichen Fortschritt zu befördern. Dazu passt, wenn Bundesforschungsministerin Stark-Watzinger deutsche Hochschulen dazu auffordert, sich „generell überall dort [zurückzuziehen], wo wir China helfen würden, einen Vorteil im Systemwettbewerb zu erringen“.

Ein entscheidender Punkt wird hierbei vergessen. Gerade für die deutsch-chinesischen Wissenschaftsbeziehungen ist der Unterschied und Wettbewerb der politischen Systeme immer präsent gewesen. Der Umgang damit hat sich über die Jahrzehnte hinweg jedoch verändert, was nicht nur am Wandel der chinesischen Wissenschaft unter Xi Jinping liegt. Es hat auch damit zu tun, dass die liberale, westlich geprägte Weltordnung nicht mehr die ist, die sie mal war.

Die Strukturen dieser Ordnung, ihre Institutionen, Organisationen und Normen, existieren zwar noch, aber sie können nicht mehr für ausreichende Stabilität und Sicherheit sorgen. Die vielen ineinandergreifenden Krisen – Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Covid-19-Pandemie, Ukraine und Taiwan, aber auch die Zunahme von

populistischen Kräften in Europa und den USA sowie der Trend der „Ent-Demokratisierung der Demokratie“ – machen die Risse in der liberalen Ordnung sichtbar. Die so entstandene Verunsicherung wird nach außen auf das autoritäre „Andere“ projiziert. Diese Entwicklungen haben auch Auswirkungen auf Wissenschaft und For-

Das Wort von der Systemrivalität ist reichlich unbestimmt

schung. Sie ermöglichen chinesischen Akteuren, aktiv die Wissenschaftslandschaft, ihre Normen sowie wissenschaftliche Kooperationen in ihrem Sinne zu formen. Gleichzeitig verunsichert diese Situation Politik und Forschung, obwohl der deutsch-chinesische Austausch in der Wissenschaft in den letzten drei Jahrzehnten immer enger geworden ist.

So stellen Chines*innen mit zehn Prozent den größten Anteil an internationalen Studierenden der deutschen Hochschulen, auch Wissenschaftler*innen sind immer häufiger zu Gast in Deutschland. Unter den Vorzeichen einer stärker als Systemkonkurrenz wahrgenommenen Beziehung zu China werden diese Forschungsverbindungen inzwischen kritischer gesehen und teilweise skandalisiert.

Dies zeigt die Berichterstattung zur China Science Investigation eines internationalen Recherchekollektivs. Die Untersuchung weist in rund 3000 Fällen direkte Zusammenarbeit von europäischen Universitätsangehörigen mit Koautor*innen nach, die dem chinesischen Militär zuarbeiten. Dies sind weniger als ein Prozent der 350 000 untersuchten Artikel.

Im Zuge dieser Enthüllungen werden jedoch nur absolute Zahlen genannt, keine Verhältnisse. Besonders eklatante Beispiele fragwürdiger Studien werden betont, sodass der Eindruck entsteht, alle wissenschaftlichen Kollaborationen mit China seien verdächtig.

Sicherlich ist die Wissenschaft aufgerufen, künftig genauer hinzusehen, mit wem sie kooperiert. Neben den Vorschlägen der Hochschulrektorenkonferenz wären weitere Schritte zur Beratung von Forschenden durch chinakundige Stellen in Universitäten und Forschungsinstituten sinnvoll. Dass eine entsprechende Ausschreibung des Bundesforschungsministeriums von 2021 (Regio-China) bis heute nicht abgeschlossen wurde, stimmt angesichts der jüngsten Finanzierungsschwierigkeiten des Ministeriums bedenklich. Ohne zusätzliche Förderung

wird sich die im Koalitionsvertrag verankerte Steigerung an China-Kompetenz nicht erreichen lassen. Und Chinakompetenz ist der Schlüssel dafür, unser Wissenschaftssystem gegen Einmischungsversuche zu stärken.

Das ist die Bundesregierung ihr Verhältnis zur VR China ein halbes Jahrhundert nach der Aufnahme offizieller Beziehungen neu austarieren möchte, ist zu begrüßen. Aber auch eine wertgeleitete Außen- und Kulturpolitik bleibt Politik und damit „die Kunst des Möglichen“: Sie ist kein Wunschkonzert.

Nur mit Chinakompetenz kann man sich gegen Einmischung schützen

Denen, die hoffen, mit Belehrungen von außen China verändern zu können, möchte man mit Marcel Reich-Ranicki zurufen: „Man kann einen Garten nicht düngen, indem man durch den Zaun furzt.“

Wir müssen vielmehr nach Möglichkeiten suchen, um die Zusammenarbeit auch mit schwierigen Partnern, die unsere Werte nicht teilen, in den Bereichen fortzusetzen, wo sie uns allen nutzen, allen voran im Klimaschutz, der drängendsten Aufgabe der Gegenwart, ohne unsere Werte in anderen Bereichen zu relativieren oder gar aufzugeben. Wo die Grenzen zwischen diesen Bereichen verlaufen und welche Instrumente einzusetzen sind, wird notwendigerweise umstritten sein. So sollte es in einer offenen Gesellschaft auch sein. Wir können unsere (Wissenschafts-)Freiheit jedenfalls nicht erhalten, indem wir sie durch Kooperationsverbote und übermäßige Auflagen selbst einschränken.

— Nadine Godehardt gehört zur Forschungsgruppe Asien bei der Stiftung Wissenschaft und Politik. Björn Alpermann ist Inhaber des Lehrstuhls für Contemporary Chinese Studies an der Universität Würzburg.

— Seite 5

EZB-Zinsentscheid In der Pflicht

Endlich ein entschlossener Schritt: Um 0,75 Prozentpunkte erhöht die Europäische Zentralbank ihren Leitzins – und tut damit das, was die US-Notenbank Fed schon zweimal im Laufe dieses Jahres getan hat. Die Begründung lieferten die Währungshüter in Frankfurt gleich mit. Auch die EZB gesteht nun ein, dass die Inflation in diesem Jahr im Euro-Raum wohl 8,1 Prozent betragen wird – und damit weit über den anvisierten zwei Prozent liegt. Damit korrigieren sich die Notenbanker zum wiederholten Male. Erneut wurde somit überdeutlich, dass sie die Entwicklung völlig falsch eingeschätzt hatten.

Der Schritt ist nötig. Doch die Aussichten für den Winter werden dadurch noch schlechter. Die Konjunkturprognosen prophezeien übereinstimmend eine Rezession. Das bedeutet, die Folgen der Krise werden genau dann spürbar, wenn auch die Wirkung der Zinswende ankommt. Damit rückt die Politik umso mehr in den Fokus. Wenn Kredite wegen höherer Zinsen schwieriger zu bekommen sind, muss mit anderen Maßnahmen dafür gesorgt werden, dass gesunde Firmen nicht allein wegen der Energiepreise pleite gehen. Es braucht Rettungsschirme, die den Banken die Sicherheit geben, Kredite trotz der unsicheren Rahmenbedingungen ausgeben zu können. mum

— Seiten 1 und 13

Treffen in Ramstein In Bedrängnis

Erneut steht Deutschland im Fokus der Nachrichten zum Krieg in der Ukraine. In Ramstein berieten Verteidigungsminister und Militärexperten aus 50 Ländern, welche Waffenlieferungen Kiew braucht, um die russische Armee zurückzudrängen. Der größte US-Luftwaffenstützpunkt außerhalb der USA ist ein Umschlagplatz für den Nachschub. Parallel richteten sich die Blicke auf Berlin: Wann entscheidet die Bundesregierung, ob sie Kiew die erbetenen Kampf- und Transportpanzer liefert? Insbesondere die SPD lenkt die Öffentlichkeit mit einem Verwirrspiel ab. Mal verweist sie auf angebliche Absprachen, dass niemand westliche Kampfpanzer liefern darf, mal heißt es, die Bundeswehr sei selbst knapp dran und habe nichts abzugeben. Fachleute halten solche Hinweise für vorgeschoben. Sowjetgerät sei kaum noch aufzutreiben und der Leopard die beste Lösung für die Ukraine. Hunderte stehen bei der Wehrindustrie, der Nachschub an Ersatzteilen und Munition ist gesichert. Ähnliches gelte für Transportpanzer. EU und USA überbieten sich an Hilfszusagen für Waffenkäufe. Deutsche Lieferungen scheitern also weder an Geld noch an Material. Was fehlt, ist die Exportgenehmigung. Grüne und Liberale verweisen aufs Kanzleramt. Olaf Scholz darf der Entscheidung nicht länger ausweichen. cvm

— Seite 5

ANZEIGE

Advertisement for 'Gradmesser' podcast featuring a man with a briefcase and a globe with a thermometer. Text: 'Gradmesser Wie steht es um unser Klima?' and 'JEDEN FREITAG EINE NEUE FOLGE'.

Gradmesser: Wie steht es um unser Klima?

Die Klimakrise ist da, und wir tun immer noch nicht genug für den Klimaschutz. Welche Folgen hat das für unsere Welt, unser Land und unsere Gesellschaft, und was muss jetzt passieren?

Im Tagesspiegel-Podcast „Gradmesser“ geht Redakteurin Ruth Ciesinger diesen und anderen Fragen rund um den Klimawandel auf den Grund.

Jetzt reinhören:

